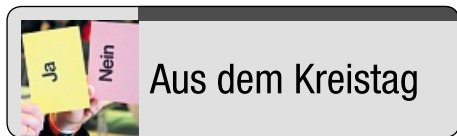


# Kreistag lehnt Umlageerhöhung ab

## CDU und SPD gegen Vorschlag des Landrats / Städte und Gemeinden um 2,5 Millionen Euro entlastet

Von unserem Redaktionsmitglied  
Matthias Kuld

**Philippsburg.** Der Kreistag hat die von Landrat Christoph Schnaudigel vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage abgelehnt. Diese von den Städten und Gemeinden bezahlte Umlage ist eine Hauptfinanzierungsquelle des Kreises. Bezahlt werden 2015 wie auch in den Vorjahren 27,5 Prozentpunkte aus der Steuerkraftsumme der Gemeinden in 2013. Das entspricht einem Aufkommen von gut 142 Millionen Euro. Geplant hatte der Kreis mit 28 Punkten beziehungsweise mit knapp 145 Millionen



Euro. Für die Beibehaltung der bisherigen Höhe sprachen sich gestern bei der Kreistagsitzung in Philippsburg 55 Kreisräte aus. 27 stimmten dagegen, zwei enthielten sich. Die Grünen hatten sogar eine Erhöhung auf 29 Punkte vorgeschlagen. Ihr Antrag auf namentliche Abstimmung wurde abgelehnt. Insgesamt umfasst der Haushalt ein Volumen von rund 360 Millionen Euro.

Die Debatte im Kreistag war ein Festival der Haushaltspolitik – insbesondere CDU-Fraktionschef Ulli Hockenberger und sein SPD-Gegenüber Markus Rupp gingen in die Tiefe der Materie, um der Kreisverwaltung darzulegen, warum auf die Erhöhung der Kreisumlage verzichtet werden könne. Hockenbergers Ansatz nimmt vorrangig das Land bei den Kosten für die Asylbewerberunterbringung in die Pflicht: „Wenn das Land nur seiner Verpflichtung zur Finanzierung seiner eigenen Aufgaben nachkommt, muss der Landkreis dieses Geld nicht von seinen Gemeinden über die Kreisumlage einfordern.“

Auch Markus Rupp richtet diesbezüglich gleichermaßen Erwartungen an das



ZU DEN INVESTITIONEN des Landkreises in diesem Jahr zählt auch der Kreisverkehr am Ortseingang in Neuthard im Zuge der Kreisstraße 3529, der mit einem Aufwand von etwa 400 000 Euro neu gestaltet werden soll.  
Foto: Herberger

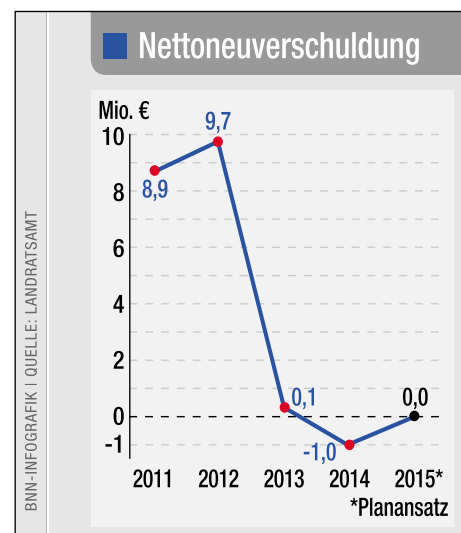
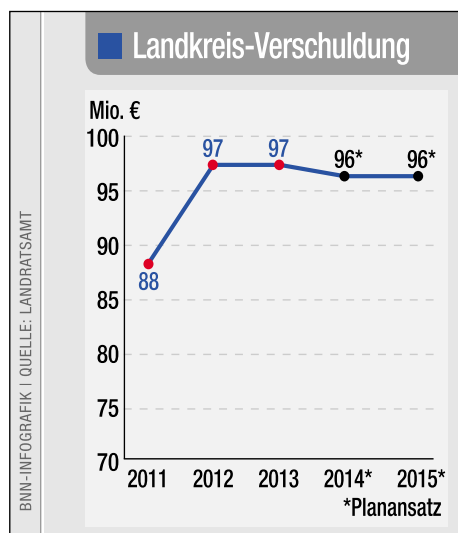
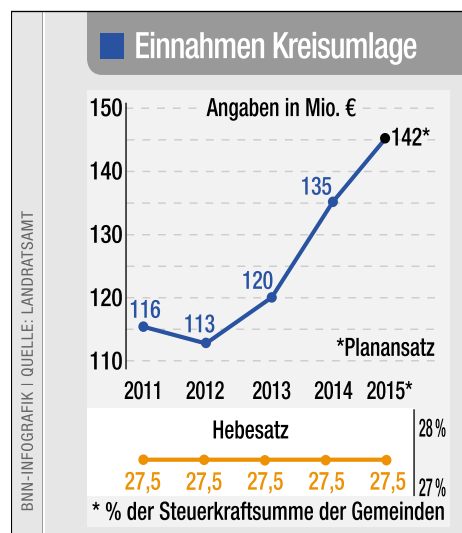
Land, hat aber noch weitere Überlegungen, um den halben Punkt Kreisumlage oder rund 2,5 Millionen aus den Kassen der Städte und Gemeinden zu sparen: Eine Verbesserung bei der Grunderwerbssteuer, eine in 2015 reduzierte Belastung für den Landkreis beim Breitbandausbau sowie eine andere Bewertung der vom Bund an die Gemeinden zugewiesenen Mittel bei der Eingliederungshilfe.

Dem Beschluss, es bei 27,5 Punkten Kreisumlage zu belassen, liegen nun planmäßig höhere Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer sowie höhere Landeszuweisungen bezüglich Asylkosten zugrunde.

Seitens der Freien Wähler, die laut ihrem Sprecher Günther Johs zur Kreisumlage unterschiedlicher Meinung sind, hatte der Bürgermeister von Linken-

heim-Hochstetten von „fairen“ 28 Punkten gesprochen. Er machte deutlich, dass er bereits die geplanten Einnahmen über 4,7 Millionen für „Forderungen gegen das Land aus der Flüchtlingsunterbringung“ für gewagt hält.

Landrat Christoph Schnaudigel hatte im Vorfeld der Sitzung die 28 Punkte Kreisumlage als zur Haushaltsfinanzierung erforderlich bezeichnet.



## „Weiterer Ausbau des ÖPNV-Netzes muss gut überlegt sein“

### Stellungnahmen der Kreistagsfraktionen zum Haushalt / Medizinische Versorgung und Asylbewerberunterbringung erneut Schwerpunktthemen

Von unseren Redaktionsmitgliedern  
Jörg Uwe Meller und Matthias Kuld

**Philippsburg.** Die Haushaltsverabschiedung gilt als ein Höhepunkt der Kreistagsarbeit – nicht zuletzt wegen der Stellungnahmen und Anmerkungen, die die Fraktionen zur Entwicklung der verschiedenen Felder der Kreispolitik machen. Nachstehend Auszüge.

#### CDU

Ziel der CDU, sagte Fraktionsvorsitzender Ulli Hockenberger, sei immer gewesen, auch in Zukunft eine flächendeckende, dezentrale und wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten. Mit dem einheitlichen Plankrankenhaus werde dies erfüllt. Eine Reduzierung der medizinischen Leistungen werde nicht akzeptiert: „Das medizinische Konzept für Bretten steht und ist von uns ohne Wenn und Aber beschlossen.“ Neben der bereits verbesserten medizinischen Betreuung lasse sich bereits positivere Unternehmensplanung erkennen: Das Defizit sinke von 1,7 Millionen Euro (2013) und einer Million Euro (2014) auf voraussichtlich 0,5 Millionen Euro (2015). Beim Ausgleich der Defizite für die Unterbringung der Asylbewerber könne man wohl nicht mit der vollständigen Übernahme durch das Land rechnen. „Wir halten allerdings eine Erstattung in einer Größenordnung von 2,5 Millionen Euro für realistisch und schlagen dies als Deckungsvorschlag für die Beibehaltung des Kreisumlagehebesatzes von 27,5 Prozent vor.“ Die jetzt gefundene Lösung für das Defizit des ÖPNV führe bei den Kommunen zu Kostensteigerungen in Höhe von 40 Prozent, auf die sich die meisten Kommunen nicht mehr vorbereiten



HAUSHALTSREDNER: Ulli Hockenberger (CDU), Günther Johs (Freie Wähler), Markus Rupp (SPD), Kerstin Futterer (Grüne) und Jürgen Wacker (FDP) – von links nach rechts.  
Fotos: BNN-Archiv

konnten. Die Kommunen müssten nun sehen, wie sie die Finanzierung gewährleisten. Ob sich das bisherige „Bestellvolumen“ an den ÖPNV aufrechterhalten lasse, müsse in den Kreisgremien noch intensiv beraten werden. Angesichts dramatisch ansteigender Fallzahlen bei der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe rege die CDU an, den Sozial- und Versorgungsleistungstransfer neu zu strukturieren.

#### Freie Wähler

„Die Argumente, dass sich der Haushalt in der Regel besser als geplant entwickelt und dadurch ein Spielraum entsteht, werden durch das zu erwartende Jahresergebnis 2014 mehr als widerlegt“, sagte Günther Johs für die Freie-Wähler-Fraktion. Von den geplanten zehn Millionen Euro Überschuss aus der Ergebnisrechnung bliebe nach der Vorschau der Kämmerer nichts mehr übrig. Natürlich könne man die Schätzung der zu erwartenden Ausgaben anzweifeln und auch fiktiv die eingeplante Grunderwerbssteuer erhöhen. „Das sind aber Harakiri-Methoden, die mit einer seriö-

sen Planung nichts mehr zu tun haben.“ Bereits die geplanten Einnahmen in Höhe von 4,7 Millionen Euro unter dem Titel „Forderungen gegen das Land aus der Flüchtlings-Unterbringung“ halte er für gewagt. Der 24-Millionen-Euro-Zuschuss an den ÖPNV sei „ein Kompromiss, den wir leider mitgehen müssen“. Damit hätten sich die Aufwendungen für Busse und Bahnen seit 2009 mehr als verdreifacht. „Wenn der Landkreis auf die Nachforderung der vereinbarten Direktbeteiligung für 2014 bei den Kommunen zulasten des Kreishaushalts verzichtet, dann halte ich das Angebot für mehr als fair.“ In der Zukunft müsse man sich den weiteren Ausbau des Netzes gut überlegen. Die Preisspirale bleibe nicht stehen. „Die Frage, ob man sich die angebotene Qualität, auch im Fahrplan, noch leisten kann, wird sich für jede einzelne Gemeinde über kurz oder lang stellen.“

#### SPD

Die SPD-Fraktion wehre sich dagegen, die Anteile an der Eingliederungshilfe durch eine Kreisumlagen-Erhöhung in

Stein zu meißeln, sagte Markus Rupp. Was seit der Haushaltseinbringung geschehe, erwecke schon ein bisschen den Anschein einer nachträglichen Plausibilisierung der Kreisumlagen-Erhöhung. Die Verwaltung habe gegenüber 2013 ursprünglich 1,5 Millionen Euro weniger an Grunderwerbsteuer-Einnahmen eingeplant. Jetzt habe sie um 700 000 Euro nach oben nachgebessert. „Nun sind sie doch so mutig und stellen das vorläufige Jahresergebnis 2014 mit 18 Millionen Euro ein. So wären wir bei einer weiteren Einnahmeverbesserung von 1,3 Millionen Euro. Dies ist angesichts des anhaltenden Hochs auf dem Immobilienmarkt – ich sage nur Beton- und Bodengold – durchaus realistisch.“ Zudem gehe die SPD wegen geringer Investitionen beziehungsweise neuer Pachtmodelle im Breitbandausbau von so gut wie keiner Landkreisbelastung aus. Der Anteil der Städte und Gemeinden von 1,25 Millionen Euro sollte dafür allemal ausreichen. Dies entlaste den Landkreis um weitere 300 000 Euro. Bei den Kosten der Asylunterbringung gehe die FDP von einer nochmaligen Erhöhung der Pauschale und einer Teilkostenunterstützung von mindestens einer Million Euro aus. Die SPD-Fraktion unterstütze Sigmar Gabriel in seinem Vorschlag, dass der Bund künftig die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung zahle.

#### Zitate

„Für Ihre Sicherheit ist gesorgt. Sie sitzen nämlich nach einem vom Landratsamt genehmigten Bestuhlungsplan.“

Philippsburgs Bürgermeister  
Stefan Martus zu einer neuen  
Regelung

„Erfahrene Haushaltsredner haben mir empfohlen, mit etwas Positivem zu beginnen. Das Sorge für gute Stimmung. Wenn ich an das Ende meiner Rede denke, scheint mir das auch dringend geboten.“

CDU-Fraktionschef Ulli  
Hockenberger

„Angebotsoptimierung – so nennt man das euphemistisch in der Politik, wenn man um das Thema herumreden will.“

Hockenberger zu Gedanken  
über Angebotsstreichungen  
im Nahverkehr

„Der Einfallsreichtum der Bundes- und Landespolitiker kennt beim Thema Steuern offenbar nicht einmal mehr moralische Grenzen.“

Günther Johs (Freie Wähler)  
zu Überlegungen bezüglich  
des „Soli“

„Ich habe da auch durchaus meine Probleme mit unseren Abgeordneten, die im Wahlkreis Wein predigen und in Entscheidungen ganz offensichtlich für Wasser plädieren.“

Johs zur „Flüchtlingspau-  
schale“

„Mit dem neuen Jagdgesetz, das niemand wirklich brauchte, sind jetzt endlich auch Hunden und Katzen geschützt.“

Günther Johs mit Blick auf  
die Landesregierung und  
„ideologisch geprägte Ziele“

„Wir sind uns ja sonst fast immer einig – da wird man doch mal streiten dürfen.“

SPD-Fraktionschef Markus  
Rupp ist bei der Kreisumlage  
anderer Meinung als Landrat  
Christoph Schnaudigel

„Wie jedes Jahr ist es eine Kunst, das magische Dreieck des Haushalts – Vermeidung von Schulden – investieren, wo notwendig – Kontinuität der Kreisumlage auf niedrigem Niveau“ miteinander in Einklang zu bringen.“

Markus Rupp zur Haushalts-  
gestaltung

„Beim Beschwerdemanagement sehen wird durchaus Verbesserungspotenzial.“

Grünen-Sprecherin Kerstin  
Futterer zur Situation beim  
ÖPNV

#### Grüne

Eine große Haushalts-Unbekannte berge der Inklusion, sagte Grünen-Sprecherin Kerstin Futterer. Es gelte, das Beste für das Kind und seine individuellen Fähigkeiten herauszufinden. Nicht jede Regelschule werde optimale Förderbedingungen für jedes Kind aufweisen. Glücklicherweise verfüge der Landkreis über hervorragende Sonderschulen, die ihre gute Arbeit weiterhin fortsetzen würden. Kerstin Futterer hob dabei unter anderem das „Kronauer Modell“ hervor, in dem bereits nicht behinderte mit behinderten Schülern unterrichtet werden. In ein paar Jahren werde das Thema Inklusion vielleicht auch die Berufsschulen des Landkreises betreffen. „Wir bitten hier den Landkreis an den Übergang Schule – Beruf vorbereitend mitzudenken. Das Aktionsbündnis zum Übergang von Schule und Beruf wäre für diese Aufgabe sicher gut geeignet.“

#### FDP

Seitens der FDP rückte Jürgen Wacker das Thema Verschuldung in den Vordergrund. Schon oft hätten die Liberalen gefordert, die Kreisumlage zu erhöhen und Ausgaben zu reduzieren. Dies sei weiterhin aktuell, zumal sich nach der Einbringung des Haushalts im November Mehrausgaben in Höhe von rund sieben Millionen Euro ergeben hätten. Der Schuldenabbau gelinge nur über eine höhere Kreisumlage. Diese soll laut mittelfristiger Finanzplanung schon 2016 um anderthalb auf 29,5 Punkte steigen. Wacker nannte als Risiken des laufenden Jahres Kosten durch Inklusion, die Unterbringung der Asylbewerber und Nachzahlungen an die AVG.